



Stellungnahmen zum Prozess der Minsker Vereinbarungen vom 31.03.2021:

Quellen: die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken, [dan-news](#), [lug-info](#) sowie [ukrinform](#), [tass](#), [sputnik](#) und [ria.ru](#)

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Sitzungen der Untergruppen fanden am 30.3., die der Kontaktgruppe am 31.3. statt

Auswahl von Erklärungen, da es Doppelungen gibt

30.3.

Telegram-Kanal der Delegation der DVR in der Kontaktgruppe: Im Rahmen der Sitzung der Gruppe zu politischen Fragen, bei der ein großer Teil im Format zweiseitiger Konsultationen mit dem Koordinator der OSZE erfolgte, wurde entschieden gemäß unserem Kompromissvorschlag zu handeln, der bereits vor zwei Wochen in Minsk geäußert wurde: An den Sitzungen der Arbeitsgruppen können nur offizielle Vertreter der Seiten ohne Teilnahme gesellschaftlicher Experten teilnehmen.

Dabei war der Koordinator der OSZE Herr Morel gezwungen, einen Teil der Sitzung der politischen Gruppe als „informell“ zu bezeichnen, weil sich die ukrainische Seite andernfalls weigerte, zu einem Konsens zu kommen.

Als dann der „formale“ Teil des Treffens begann, in dem im Rahmen des gewöhnlichen Formats die Anwesenheit von Vertretern der Öffentlichkeit vorgesehen war, unternahm Kiew dennoch Versuche, gesellschaftliche Experten der LVR von der Sitzung auszuschließen. Dennoch bestand unsere Delegation im Endeffekt auf der Anwesenheit aller gesellschaftlichen Vertreter und setzte die Sitzung zum Thema fort.

Und obwohl die ukrainische Seite bei der Diskussion die Notwendigkeit bestätigte, einen Entwurf eines Fahrplans auszuarbeiten und zu vereinbaren, schwiegen sie natürlich auf die Erinnerung der Vertreter der Republiken über die gemeinsame Vereinbarung, dass dieser vollständig dem Maßnahmekomplex entsprechen muss, unsere Delegation erreichte bei Kiew weder Kommentare zu unserem Entwurf eines Fahrplans noch Antworten auf unsere Frage zur Aktualität des von Kiew eingereichten Entwurfs, der, wir erinnern daran, zu 78 Prozent den Minsker Vereinbarungen widerspricht.

Die für die formale Sitzung übriggebliebene halbe Stunde verwendeten die ukrainischen Verhandlungsteilnehmer auf die Verkündung von bereits mehrfach wiederholten und nicht zu einer Aufhebung der Blockade der Tätigkeit der Untergruppe führenden Thesen. Dabei wurde der Hauptteil der Zeit der Sitzung auf die Erörterung prozeduraler Fragen verwendet, die ausschließlich in der Folge des Wunsches Kiews aufkamen, den Verhandlungsprozess maximal zu verzögern.

Telegram-Kanal der Delegation der LVR in der Kontaktgruppe: Im Zentrum der Untergruppe zu Fragen der Ökonomie und des Wiederaufbaus stand dieses Mal die Frage der Zahlung von Renten

an wenig mobile Rentner, wozu Vertreter des IKRK eingeladen waren, die zuvor ihren Vorschlag zur Lösung dieses Problems eingebracht hatten.

Aber bei der Erörterung stellte die ukrainische Seite Falschinformationen bezüglich eines angeblich mit dem IKRK ausgearbeiteten Mechanismus vor, was von dem Vertreter des IKRK dementiert wurde.

Bei der Erörterung der Fragen der Wasserversorgung war die ukrainische Seite wie bisher nur zu einem produktiven Dialog bezüglich der Umsetzung der Verpflichtungen der LVR zur Zahlung des von der ukrainischen Seite gelieferten Wassers bereit. Dabei werden Fragen der Gewährleistung der Sicherheit bei Reparaturen an sechs Objekten der Wasserversorgung von der Ukraine seit dem 19. Februar 2021 nicht abgestimmt.

Die Fragen der ökologischen Sicherheit, Lohnschulden bei den entlassenen Eisenbahnern, den Schulden von „Vodafone“ für verbrauchten Strom, wurden, obwohl sie auf der Tagesordnung standen, aufgrund der fehlenden Bereitschaft der ukrainischen Seite nicht sachbezogen erörtert. Obwohl viel Zeit auf die Erörterung der Möglichkeit, diese Fragen zu erörtern, verwendet wurde, insbesondere im Fall von „Vodafone“.

Die Hauptfrage der ökonomischen Untergruppe – die Wiederherstellung der sozialökonomischen Verbindungen über die Abgrenzungslinie wird von der Ukraine blockiert.

Ombudsmandnr.ru: Kommentar der Bevollmächtigten für Menschenrechte in der DVR Darja Morosowa

Die Sitzung der humanitären Gruppe endete mit einem Null-Ergebnis. Die Verantwortung dafür liegt vollständig bei der ukrainischen Seite, deren Verhandlungsteilnehmer die Erörterung absolut aller Fragen der Tagesordnung sabotierten. Dabei taten sie das in provokativer Form und klar vorsätzlich.

Einen besonders undiplomatischen Ton zeigte die Ukraine bei der Erörterung des Themas des Austauschs festgehaltener Personen. Ich erinnere daran, dass für Bewegungen in dieser Frage die ukrainische Seite ihre Verpflichtungen zur prozessualen „Freistellung“ von 50 Bürgern, die der DVR 2019-2020 übergeben wurden, in vollem Umfang erfüllen muss. Heute haben wir erwartet, dass Kiew endlich Informationen über die Arbeit, die es auf diesem Gebiet erledigt hat, vorlegt. Aber leider gab es keinerlei Informationen und Antworten auf Fragen zum Thema haben sich die ukrainischen Verhandlungsteilnehmer demonstrativ entzogen.

Ich unterstreiche, dass eine solche Position der ukrainischen Seite nur als zielgerichtete Sabotage des weiteren Austauschprozesses gewertet werden kann. Dass Kiew nicht an einer Wiederaufnahme eines konstruktiven Dialogs interessiert ist, zeugt noch ein weiterer Sachverhalt – in diesem Jahr hat die ukrainische Seite nicht einmal ihre Liste gesuchter Personen eingereicht. Es ergibt sich, dass die Ukraine entweder niemanden in der DVR sucht oder weitere politische Intrigen schmiedet und so mit dem Schicksal ihrer Bürger spielt.

Konstruktives gab es auch nicht bei der Erörterung der Funktion der KPP. Die Vertreter der Ukraine konnten nicht nachvollziehbar erklären, aus welchem Grund Kiew seit mehr als einem Monat die Lieferung humanitärer Güter in die DVR über den KPP „Nowotroizkoje-Jelenowka“ blockiert. Ich erinnere daran, dass die ukrainische Seite ihre Handlungen zuvor mit Problemen mit der Sicherheit im Gebiet von Jelenowka motiviert hat. Aber die Passage der Zivilbevölkerung über den genannten KPP behindert die Ukraine nicht. Kommentieren, warum Kiew das genannte Gebiet als gefährlich für humanitäre Konvois hält, aber sicher für Menschen, konnten die Verhandlungsteilnehmer auch nicht.

Nach der heutigen Runde der Verhandlungen gibt es keinerlei Zweifel – für die Ukraine ist eine vollständige Blockade des Donbass günstig. Und die humanitären Probleme der örtlichen Bevölkerung versucht die Regierung der Ukraine als Instrument zur Befriedigung ungesunder politischer Ambition zu nutzen.

Weil die ukrainische Seite die Behandlung der Schlüsselfrage des humanitären Blocks im Rahmen der Arbeitsgruppe blockiert hat, äußerste der Koordinator der OSZE die Entscheidung, ihre Erörterung auf das Niveau der Kontaktgruppe zu bringen.

31.03.

Telegram-Kanal des Außenministeriums der DVR: Im Rahmen der heutigen Sitzung der Kontaktgruppe im Teil zu den **Fragen der Sicherheit** hat die ukrainische Seite ein weiteres Mal Heuchelei und das Bestreben, sich im leeren Raum mit Selbst-PR zu befassen, gezeigt. „Herr Krawtschuk hat heute beschlossen, alle Rekorde in Pathos aber auch der Sinnlosigkeit von Initiativen zu brechen. So hat er die Teilnehmer zur Vereinbarung irgendeiner Formulierung aufgerufen, die angeblich die Unterstützung der Seiten für die Maßnahmen zur Verstärkung des Regimes der Feueinstellung ab einem bestimmten Datum und einer bestimmten Zeit neu festlegen sollte.

Nicht zum ersten Mal versuchten die ukrainischen Verhandlungsteilnehmer ein solches Herangehen zu nutzen, anstatt konsequent die bestehenden Vereinbarungen umzusetzen. Solche Vorschläge schätzen wir als nichts anderes ein als als Anerkennung der Nichteinhaltung der geltenden Maßnahmen durch die ukrainische Seite.

Wenn man diess berücksichtigt sowie, dass das Dokument bereits vor acht Monaten von beiden Konfliktseiten unterzeichnet und von den Vermittlern in Gestalt von OSZE und RF ratifiziert wurde und niemand offiziell aus ihm ausgestiegen ist, verwundert der Lärm, den Herr Krawtschuk selbst und andere Persönlichkeiten der Ukraine im Medienraum um diesen Vorschlag entfacht haben. In diesem Zusammenhang sind die Republiken mit einem erwidernenden Vorschlag aufgetreten. Zunächst muss die Ukraine endlich ihre Veröffentlichung auf der Seite des Verteidigungsministeriums in Ordnung bringen, die seltsame Metamorphosen durchlaufen hat, unter anderem wurden mehrfach Versionen gelöscht und sind neue aufgetaucht.

Der nächste und entscheidende Schritt soll die Durchführung einer Ermittlung zum Fall des Mordes an einem alten Einwohner von Alexandrowka durch einen Scharfschützen der BFU durch die ukrainische Seite erfolgen, und es soll eine entsprechende Mitteilung an die Koordinatorin Frau Grau über die Ergebnisse der Ermittlung und den Einsatz von Disziplinarmaßnahmen gegenüber allen an diesem Kriegsverbrechen Beteiligten geben“, berichtete die Außenministerin Natalja Nikonorowa über den Verlauf der Sitzung der Kontaktgruppe.

Die ukrainische Seite hat heute während der Sitzung der Kontaktgruppe zu **politischen Fragen** wieder zur Taktik der Verzögerung der Verhandlungen durch Vorbringen seltsamer, nicht zielführender Initiativen gegriffen.

„Heute haben wir eine Erklärung des Leiters der ukrainischen Delegation gehört, dass er beschlossen hat, irgendeinen Berater zu „Konsultationen mit den Vertretern des Donbass“ zu ernennen. Dabei konnte Herr Krawtschuk auf keine einzige unserer absolut verständlichen und nach einer solchen Erklärung logischen Fragen antworten: Welche Vollmachten wird dieser Berater haben, worin wird seine Funktion bestehen, wie und für welche Aufgaben ist unsere Zusammenarbeit mit diesem Berater vorgesehen?

Der Leiter der ukrainischen Delegation versuchte diese seine Idee damit zu erklären, dass es im Maßnahmekomplex die Worte „Konsultationen mit den Vertretern der besonderen Bezirke der Oblaste Donezk und Lugansk“ gibt. Aber wir erinnerten Leonid Makarowitsch daran, dass in dem von ihm erwähnten Dokument das Wort „Konsultationen“ unverändert vom Wort „Vereinbarung“ begleitet wird, außerdem im Rahmen der Kontaktgruppe. So muss, wenn die Ukraine einen Berater für „Konsultationen“ einführt, dieser die Vollmachten zur Annahme der bei den Verhandlungen erreichten Vereinbarungen haben, außerdem nicht mit irgendwelchen von Kiew ausgewählten unklaren Personen, sondern mit den realen Vertretern des Donbass“, berichtete Natalja Nikonorowa. Die Koordinatorin der OSZE Frau Grau unterstrich die Wichtigkeit der Antworten auf unsere Fragen und bat die ukrainische Seite, schriftliche Informationen bezüglich der genannten Initiative vorzubringen, wünschenswerterweise bis zum 8. April, damit alle Mitglieder der Kontaktgruppe sich mit den eingereichten Informationen sorgfältig bekannt machen können.

In diesem Richtung lenkte Natalja Nikonorowa die besondere Aufmerksamkeit der Koordinatoren der OSZE auf die potentielle Gefährlichkeit dieser Idee, die Kiew heute vorgebracht hat:

„Ich rufe die Vermittler des Verhandlungsprozesses auf, ihre ständige Aufmerksamkeit auf die Herangehensweise zu richten, die die Ukraine versucht vorzunehmen: Ihre Vertreter legen bewusst alle Anstrengungen in die Aufhebung des existierenden Formats und des Sinns der Kontaktgruppe durch Herausdrängen der Republiken aus den Verhandlungen. In der letzten Zeit beobachten wir eine ganze Kampagne, die darauf gerichtet ist: ersten, das ukrainische Parlament nimmt Entschließungen an, die direkt die Minsker Vereinbarungen verletzen, zweitens, es werden irgendwelche Berater zur Ernennung vorgeschlagen, die nach allem zu urteilen die Funktion eines weiteren die Verhandlungen bremsenden Instruments erfüllen werden. Und drittens werden die von uns eingereichten Dokumente, insbesondere der Fahrplan, unverändert von der ukrainischen Seite ignoriert. So sind alle Initiativen Kiews und das Verhalten der ukrainischen Verhandlungsteilnehmer in Minsk ausschließlich auf die Vertiefung der existierenden Stagnation bei der Arbeit der Kontaktgruppe gerichtet, was als Umsetzung der Minsker Vereinbarungen ausgegeben wird. Wir hoffen, dass Herr Krawtschuk die Bitte von Frau Grau erfüllen und Details und Einzelheiten seiner Idee über die Einführung der Funktion eines Beraters zu „Konsultationen“ mit uns vorlegen wird. Dabei möchten wir glauben, dass wir nicht so lange auf diese Erläuterungen warten müssen wie wir auf die erwidernenden Kommentare der Ukraine zu unserem Entwurf eines Fahrplans warten. Denn gerade dieser Entwurf könnte im Fall seiner Vereinbarung durch die Seiten und Bestätigung auf der Ebene der Obersten Rada und des Präsidenten der Ukraine die politische Regelung aus der Sackgasse führen, deshalb muss gerade auf sie eine maximale Aufmerksamkeit gerichtet werden und nicht auf weitere nebelhafte Vorschläge der ukrainischen Regierung“.

Die Diskussion zu **humanitären Fragen** im Rahmen der heutigen Verhandlungsrunde führte leider nicht zu positiven Ergebnissen.

„Von Sitzung zu Sitzung stellen wir der ukrainischen Seite ein und dieselben Fragen, auf die Kiew bis heute nicht geruht hat zu antworten. Wir fragen systematisch, erstens, wann wird die prozessuale „Freistellung“ der 50 Personen erfolgen, die im Austauschprozess befreit wurden, aber die nach wie vor in der Ukraine strafrechtlich verfolgt werden. Wir wissen, dass schon seit einem Monat Papiere über die Durchführung dieser „Freistellung“ auf dem Tisch beim Präsidenten der Ukraine liegen. D.h. nur eine Unterschrift trennt von einem realen Fortschritt auf diesem Gebiet, alle vorbereitende Arbeit ist bereits erledigt. Und das illustriert sehr gut, wer genau der Freistellung dieser Bürger von strafrechtlicher Verfolgung entgegensteht und nicht beabsichtigt, die Verpflichtungen der Ukraine zu erfüllen.

Und zweitens, wann die ukrainische Regierung beginnen wird, humanitäre Lieferungen über den KPP „Jelenowka-Nowotroizkoje“ passieren zu lassen oder uns wenigstens erklärt, warum Menschen über diesen Passierpunkt sicher gehen können, es aber für Lieferungen unsicher ist. Dennoch werden diese Fragen von mal zu mal offen und in der Öffentlichkeit von den ukrainischen Verhandlungsteilnehmern ohne jegliche Erklärung ignoriert“, unterstrich Natalja Nikonorowa. Die nächste Sitzung der Kontaktgruppe wird am 14. April stattfinden.

Telegram-Kanal des Außenministeriums der DVR: Kommentar der Außenministerin der DVR Natalja Nikonorowa

Der Leiter der ukrainischen Delegation in Minsk hat vorgeschlagen irgendeinen „Osterwaffenstillstand“ zu vereinbaren. Möglicherweise ist Herr Krawtschuk nicht auf dem Laufenden, weil er damals nicht im Verhandlungsprozess war, aber Vertreter der Ukraine und der Republiken haben überhaupt schon am 17. Juli 2019 einen unbefristeten Waffenstillstand vereinbart, der am 22.07.2019 in Kraft trat. Und bezüglich des Inkrafttretens der Maßnahmen zur Verstärkung des Regimes der Feuereinstellung, sollte sich Leonid Makarowitsch genau erinnern, weil sein Vorgänger Leonid Danilowitsch Kutschma dieses Dokument am 22. Juli 2020 unterschrieben, direkt vor dem Beginn der Amtszeit Krawtschuks als leitendem Verhandlungsteilnehmer.

So wurden vor acht Monaten Parameter und Maßnahmen unterzeichnet, die für die Gewährleistung eines realen Waffenstillstands im Land notwendig sind. Sie müssen einfach nur umgesetzt werden.

Entsprechend bestätigen die ukrainischen Vertreter durch Aufrufe zur Vereinbarung irgendwelcher neuen Waffenstillstände direkt, dass sie die bereits vor acht Monaten erreichte Vereinbarung nicht einhalten. Mehr noch, sie versuchen, den Verhandlungsprozess in die Zeiten zurückzufahren, als Waffenstillstände zu irgendwelchen Feiertagen und ähnlichen Daten abgeschlossen wurden und zeitweiligen Charakter trugen, was übrigens sogar Punkt 1 des Maßnahmekomplexes widersprach. Durch die Vereinbarung eines unbefristeten Waffenstillstands im Juli 2019 und die Unterzeichnung der Zusatzmaßnahmen zur dessen Verstärkung im Juli 2020 wurde dieser Widerspruch beseitigt.

Jetzt schlägt Herr Krawtschuk vor, ihn wiederaufzunehmen.

Die Republiken halten den Waffenstillstands und die Maßnahmen zu dessen Verstärkung ein. Entsprechende Befehle wurden nicht nur erteilt, sondern sogar in unseren Ressourcen veröffentlicht. Unsere Positionen ist ehrlich und offen. Aber die Ukraine verzerrt und verletzt regelmäßig alle Vereinbarungen zu diesem Gebiet, ja sie betreibt sogar in den Medien Selbst-PR mit Aufrufen zum Abschluss weiterer Waffenstillstände. Statt diesem Bestreben zum Hype wäre es für Kiew nützlicher und angebrachter sich mit realer Arbeit in Minsk zu befassen und einfach die bereits unterzeichneten Vereinbarungen einzuhalten.